

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, SPD-Vorsitzender, würdigt Heinz Galinski, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin: Alles tun, damit sich die Vergangenheit nie wiederholt. Seite 1

Dr. Dietrich Sparling MdB weist auf ein soziales Problem hin, das die Bundesregierung lieber verschweigt: Wohnungsnot wieder ein Thema. Seite 3

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Lilo Blunck, Annette Faße, Liesel Hartenstein, Reinhild Hiller, Albrecht Müller und Harald B. Schäfer verlangen von Umweltminister Töpfer mehr als Ausreden: Gute Nachbarschaft zwischen Schildkröten und Touristen? Seite 4

Dr. Wilhelm Bruns erläutert die Themenpalette deutsch-deutscher Sicherheitskonsultationen: Nach dem Mittelstreckenabkommen sind die Deutschen dran! Seite 5

Günter Rixe MdB berichtet über seine jüngste Chile-Reise: Für demokratische Wahlen und Einhaltung der Menschenrechte. Seite 6

42. Jahrgang / 226

26. November 1987

Alles tun, damit sich die Vergangenheit nie wiederholt

Zum 75. Geburtstag von Heinz Galinski

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Heinz Galinski feiert am 28. November seinen 75. Geburtstag.

Als Parteivorsitzender gratuliere ich ihm aus diesem Anlaß und wünsche ihm vor allem Gesundheit. Denn die braucht er, um in einem Alter, in dem sich andere Menschen schon lange zur Ruhe gesetzt haben, in seinem unermüdlischen Einsatz für mehr Menschlichkeit und für die Demokratie fortzufahren.

„Wenn es uns für die Zukunft gelingt, Gewalt und Gehorsam durch Verantwortung und Freiheit zu ersetzen, wird Widerstand gegen alle undemokratischen Kräfte anstatt Ruhe zur ersten Bürgerpflicht.“ So umschrieb Heinz Galinski kürzlich seine selbstgestellte Aufgabe, am Aufbau und der Bewahrung einer demokratischen Gesellschaft in Deutschland mitzuwirken. Und dies hat er sich am 8. Mai 1945 vorgenommen, als er, der Deutsche jüdischen Glaubens, wie durch ein Wunder der Todesmaschine in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen entkommen, in Berlin die Kapitulation erlebte. Seine Liebe zu dieser Stadt, in der er seinen Weg begonnen hatte, war ungebrochen, obgleich es die Stadt war, in der die Nazis die Ausrottung des jüdischen Volkes beschlossen haben.

Und so begann er schon zu einer Zeit am Aufbau der Demokratie zu arbeiten, als viele Deutsche noch im Zweifel darüber

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



waren, ob dieses Land trotz der Lasten der Vergangenheit eine Zukunft in Würde und Freiheit haben werde. Aber anders als nicht wenige seiner Zeitgenossen vergaß Heinz Galinski nie, was diesem Wiederaufstieg, für den er sich engagierte, vorangegangen war. Und deshalb weist er auch immer wieder auf diese Vergangenheit hin, wenn ihn die Sorge umtreibt, die Demokratie sei aufs Neue gefährdet. Er tut dies mahnend, nicht anklagend. Und er tut es auch nicht, wie er einmal betont hat, um ein Volk zur ewigen Buße zu verpflichten, sondern weil er es für nötig hält, sich der Geschichte zu stellen, damit nicht die Zukunft verbaut wird.

Der Mut, mit dem er nach dem Ende des Krieges im zerstörten Berlin darangegangen ist, die Reste der Jüdischen Gemeinde neu zu sammeln und wieder aufzurichten, verdient nach wie vor unsere Bewunderung. Seit über 35 Jahren ist er Vorsitzender dieser Gemeinde, die inzwischen wieder auf sechseinhalbtausend Mitglieder angewachsen ist. Nach dem Kriege waren es nur noch 1.400, die die Jahre des Schreckens überlebt hatten. Mit und für diese Gemeinde hat der Jubilar inzwischen Vorbildliches erreicht. Besonders zu erwähnen sind dabei die Sozial- und Jugendeinrichtungen. Auch dadurch hat er den jüdischen Menschen in Berlin und in Deutschland geholfen, wieder ein lebenswertes Leben zu führen.

Nur wenige wissen, welche Kraft und welche Selbstbeherrschung dieses Engagement Heinz Galinski gekostet hat und noch kostet. Denn in ihm lebt die Erinnerung an den Vater, der für Deutschland im Ersten Weltkrieg seine Gesundheit geopfert hat und der im November 1938 nach den damaligen Pogromen auf einer Berliner Polizeistation gestorben ist. Und auch die Erinnerung an seine Mutter und seine erste Frau, die den nationalsozialistischen Verfolgungen zum Opfer gefallen sind. Wer - wie ich - dabei war, als er nach über 40 Jahren zum ersten Mal wieder im Lager Auschwitz stand und dort ein Totengebet sprach, der kann zumindest ahnen, was immer wieder in ihm vorgegangen sein mag.

So verbinden sich Dank und Glückwunsch mit dem Versprechen, alles zu tun, damit sich das, was damals geschah, nie mehr wiederholt.

(-/26.11.1987/vo-he/st)

* * *



Wohnungsnot wieder ein Thema

Doch Bonn tut nichts, um das Problem zu entschärfen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In der letzten Woche hat in Frankfurt aus Anlaß des von den Vereinten Nationen proklamierten internationalen Jahres für Menschen in Wohnungsnot ein bemerkenswerter Kongreß stattgefunden, den zahlreiche sozial engagierte Organisationen initiiert und durchgeführt haben.

Dieser Kongreß hat deutlich gemacht, daß sich hinter der regierungsamtlichen Formulierung vom „global ausgeglichenen Wohnungsmarkt“ erhebliche - und vor allem zunehmende - Probleme für große soziale Gruppen verbergen.

Es gibt steigende Zahlen von Obdachlosen und steigende Zahlen von Haushalten, die in Wohnungen beziehungsweise Behausungen leben, die auch sogenannten „einfachen Standards“ nicht mehr entsprechen.

Es gibt steigende Mietbelastungen vor allem für Rentner und Haushalte mit mittlerem und geringem Einkommen und überproportional ansteigende Mieten im bisher preiswerten Altbaubestand vor allem der großen Städte.

Die Situation wird verschärft durch den starken Rückgang der Bautätigkeit im allgemeinen und des sozialen Wohnungsbaues im besonderen.

Der Bund reduziert sein finanzielles Engagement in immer stärkerem Maße und zieht sich aus seiner Verantwortung zurück.

Die Situation wird verschärft - worauf der Kongreß in Frankfurt hingewiesen hat - durch das in den nächsten Jahren stärker werdende Auslaufen von Mietbindungen im Bestand des sozialen Wohnungsbaues. Sie wird weiter verschärft durch die Pläne der Bundesregierung im Bereich der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

Wohnungsprobleme und Spannungen auf dem Wohnungsmarkt werden in den nächsten Jahren zunehmen und sind schon heute deutlich sichtbar.

Die Fakten sind bekannt. Aber außer der Hoffnung, daß es so schlimm nicht werden wird, haben Bundesregierung und Bauminister nichts zu bieten.

(-/26.11.1987/vo-ha/st)

* * *



Gute Nachbarschaft zwischen Schildkröten und Touristen?

Bei Umweltminister Töpfer rangieren gewinnträchtige Investitionen vor dem Artenschutz

Von Lilo Blunck MdB, Annette Faße MdB, Liesel Hartenstein MdB,
Reinhild Hiller MdB, Albrecht Müller MdB und Harald B. Schäfer MdB

Wir hatten in einem Schreiben an den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit um seine Unterstützung beim Schutz der durch ein Tourismus-Projekt bedrohten Meeresschildkröten in der Dalyan-Bucht in der Südtürkei gebeten. Ein direkten Einfluß der Bundesregierung auf dieses Projekt ist über eine Beteiligung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft an einem Hotelbau der ersten Ausbauphase gegeben. Die Antwort allerdings, die aus dem Umweltministerium kam, konnte uns nicht zufriedenstellen.

Zwar erklärte Minister Töpfer, daß auch er eine Bedrohung der Meeresschildkröten in der Dalyan-Bucht sehe, aber als Konsequenz kommt er dann nicht etwa dazu, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß durch ein Zurückziehen der Beteiligung der DEG das Projekt möglicherweise gestoppt wird. Nein, Minister Töpfer versteckt sich, was die konkrete Ausgestaltung und die Zukunft der Dalyan-Bucht angeht, hinter der alleinigen Zuständigkeit der türkischen Behörden, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Und um sich nicht mit der Deutschen Entwicklungshilfegesellschaft anlegen zu müssen, wird das Projekt, an dem diese sich beteiligt, (Kounos-Beach-Hotel) flugs zu einem Beispiel „sanften Tourismus“ deklariert. 3.000 Betten (so die angestrebte Gesamtkapazität) sind dem Minister zu viel; 620 Betten (Kounos-Beach-Hotel) hält er für verträglich und glaubt an eine gute Nachbarschaft zwischen Schildkröten und Touristen.

Das hat überdies den Vorteil, daß deutsche Investitionen als umweltfreundlich geschützt und andere als umweltunverträglich gebrandmarkt werden können. Was also schützt Herr Töpfer?

Dabei kann man in einem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Auftrag gegebenen Gutachten ganz klar nachlesen, daß auch die Realisierung der ersten Baustufe unvermeidlich eine Bedrohung der Meeresschildkröten mit sich bringt und lediglich der Prozeß der Vernichtung dieser Population verzögert wird.

Was also jetzt gefordert ist, ist ein politisches Signal der Bundesregierung, mit dem zum Ausdruck kommt, daß Umweltbelange bei Investitionsentscheidungen Berücksichtigung finden - in der Türkei, aber auch bei uns.

(-/26.11.1987/vo-he/rs)

* * *

Nach dem Mittelstreckenabkommen sind die Deutschen dran!

Die Themenliste für deutsch-deutsche Sicherheitskonsultationen ist lang

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die vertragliche Einigung der beiden Großmächte USA und UdSSR, die das Etikett „historisch“ verdient, hat auch ihre Wirkung auf die Rolle der beiden deutschen Staaten. Einmal verbessert diese Einigung die Rahmenbedingungen für die Ost-West-Beziehungen, in die die deutsch-deutschen Beziehungen eingebettet sind. Zum anderen nimmt sie vom Territorium der beiden deutschen Staaten nukleare Waffen.

Beide, die Bundesrepublik Deutschland wie die Deutsche Demokratische Republik, haben ihren spezifischen Beitrag zur amerikanisch-sowjetischen Einigung geleistet.

Diese aktive Rolle sollten beide auch künftig bei den weiteren Abrüstungsverhandlungen spielen - direkt und indirekt.

Die direkten Möglichkeiten steigen in dem Maße, je weiter bei den nuklearen Waffen in der Reichweite heruntergegangen wird. Dies gilt insbesondere für die anstehende nukleare Abrüstung von 0 bis 500 Kilometer. Das Mindeste, was sich beide deutsche Regierungen - getrennt oder abgestimmt - vornehmen sollten, ist, sich für einen Modernisierungsverzicht bei Nuklearwaffen in der Reichweite von 0 bis 500 Kilometer einzusetzen.

Auch wenn sich die beiden Regierungen nicht ganz einig sind über den weiteren Fahrplan bei den Abrüstungsverhandlungen (die DDR setzt sich für eine Dritte Null-Lösung bis zu den nuklearen Gefechtsfeldwaffen ein), die Bundesrepublik möchte sich nun ganz auf die konventionellen Waffen in Europa konzentrieren, gibt es ein großes Potential an gemeinsamen Interessen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Es sollte möglich sein, daraus geeignete Themen für die deutsch-deutschen Sicherheitskonsultationen zu entwickeln, insbesondere auch nach dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik.

Wenn beide sich einig sind, die heutigen Streitkräfte auf beiden Seiten der Elbe so umzugestalten, daß keine Seite mehr angriffsfähig ist, nachprüfbar mit Hilfe objektiver Kriterien, so hätten die beiden deutschen Regierungen d a s Thema für gemeinsame deutsch-deutsche Konsultationen.

Was spricht eigentlich dagegen, daß in der nächsten Konsultation zwischen den Beauftragten der jeweiligen Regierungen die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit Gegenstand der Gespräche sein wird?

(-/26.11.1987/vo-he/st)

* * *



Für demokratische Wahlen und Einhaltung der Menschenrechte

Mit Pinochet geht der Terror in Chile weiter

Von Günter Rixe MdB

Anfang November war ich für fünf Tage in Chile und habe mich vor Ort über die Lage der Opposition hinsichtlich von Menschenrechtsverletzungen und die Vorbereitung der geplanten Wahlen sachkundig gemacht. Ich informierte mich insbesondere in Gesprächen mit Vertretern der Menschenrechtskommission und der katholischen Kirche.

Die Präsidentin der Menschenrechtskommission von Santiago - Sektor Oriente -, Frau Rebeca Martinez, wies zusammen mit dem Präsidenten des chilenischen Künstlerverbandes in einem mehrstündigen Gespräch auf die anhaltende systematische Unterdrückung der Oppositionsparteien hin. Sie überreichte einen Bericht ihrer „Comission“ zu Menschenrechtsverletzungen von 1985 bis 1987. Die politischen Parteien wollten sich mit den Menschenrechtskommissionen verbünden, um mit ihnen zusammen halbwegs legal die Bürger informieren und sich an den bevorstehenden Wahlen beteiligen zu können. Der Volksentscheid über die Präsidentschaft von Pinochet wurde scharf kritisiert: Bedingung für die Eintragung in das neue Wählerverzeichnis ist die Ausstellung eines neuen Personalausweises und die Bezahlung einer Einschreibgebühr, die für viele Erwerbstätige der Höhe von zwei Tageslöhnen entspricht. Ein Arbeiter mit einer oft achtköpfigen Familie kann sich diese „Wahlkarte“ nicht kaufen: Essen geht vor wählen!

Als Vertreter der katholischen Kirche verwiesen Kardinal Roul Silva Henriques und der Justiziar Gonzales auf die regelmäßigen Menschenrechtsverletzungen der Regierung, die anlässlich des 14. Jahrestages des Putsches am 11. September 1987 tausend Verhaftungen veranlaßt habe und für Morde verantwortlich sei: Dies sei eine Nazi-Regierung.

Die wirtschaftliche Situation sei immer schlechter geworden - Fabriken seien vernichtet, alles werde importiert und es gebe eine Arbeitslosigkeit bei 75 Prozent. Auch die katholische Kirche setzt im politischen Bereich auf eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte mit den Menschenrechtskommissionen.

Bei vielen Gelegenheiten konnte ich feststellen, daß der Kardinal und die katholische Kirche die größte Opposition in Chile sind. In Übereinstimmung mit seinen Gesprächspartnern fordert er von der Bundesregierung die Einstellung aller finanziellen Hilfen für das Pinochet-Regime. Die deutsche Wirtschaft solle keine militärischen Geräte mehr liefern. In Übereinstimmung mit den Forderungen der „2. Internationalen Parlamentarierkonferenz für Demokratie in Chile“ vom September 1987 müsse weiterhin von allen politischen Kräften gemeinsam vertreten werden:

- Unterstützung des Kampfes für freie Wahlen und gegen das von der Diktatur gelenkte Plebiszit.
- Verhinderung der vom Regime betriebenen Ausgrenzung bestimmter Parteien aus dem parlamentarischen Prozeß in Chile. Von rechts bis links sind sich die Opposition in Chile und die Parlamentarierkonferenz mit Abgeordneten aus 26 Ländern einig in ihrem scharfen Protest gegen die Folter und die schweren Übergriffe staatlicher Organe in Chile. Eine künftige demokratische Regierung in Chile bedarf dringend der wirtschaftlichen Hilfe, gerade in der jetzigen Situation ist mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen.

(-/26.11.1987/vo-ha/st)

* * *

